

Die Aufsicht

Die beiden deutschen Staaten und der Kalte Krieg

Von Peter Bender

„Die Russen und wir mögen uns über tausend Dinge uneinig sein. Doch über eines gibt es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheit: Wir werden es nicht zulassen, dass ein wiedervereinigtes, bewaffnetes Deutschland im Niemandsland zwischen Ost und West umherirrt.“

US-Außenminister John Foster Dulles 1959

Ganz Europa befand sich von 1945 bis 1990 in der Abhängigkeit von zwei Großmächten. Die Vereinigten Staaten von Amerika sicherten den Bestand der Demokratien im Westteil des Kontinents, die Sowjetunion den Bestand der kommunistischen Regierungen und Verhältnisse, die sie im Ostteil geschaffen hatte. Grad und Form der Abhängigkeit unterschieden sich stark. Die Demokratien brauchten Amerika nur für ihre äußere Sicherheit, die Volksdemokratien blieben auch für ihre innere Sicherheit auf Moskau angewiesen, ihre Abhängigkeit von der Schutzmacht war entsprechend größer, und deren Umgangs- und Herrschaftsformen waren gröber. Im Ernstfall setzte das sowjetische Politbüro Truppen in Marsch.

Die beiden deutschen Staaten standen unter verschärfter Aufsicht. Sie bildeten die Hauptfront ihres Lagers, die besonderer Kontrolle bedurfte, und sie waren ihren Vormächten zweifach verdächtig. Sie mochten auf Demokratie und Sozialismus schwören, waren aber Teilstaaten derselben Nation, die zu mehr Gemeinsamkeit oder gar zur Vereinigung drängte. Auch mochten die Deutschen ihrer Nazi-Vergangenheit abschwören – aber war sie wirklich überwunden? Beides, deutscher Nationalismus und deutsche Einheit, erschienen als Probleme, die Moskau und Washington gleichermaßen fürchteten.

Ihre Macht über Deutschland übten sie größtenteils gegeneinander, im halb Verborgenen, aber auch miteinander aus. Sie kämpften um Deutschland bis an den Rand eines Krieges, blieben sich jedoch in der Entschlossenheit verbunden, die Deutschen nie wieder zur Gefahr werden zu lassen. Einerseits rüsteten sie ihre Deutschen zum Ost-West-Kampf, andererseits verweigerten sie ihnen die volle Souveränität. Alles, was „Deutschland als Ganzes“ betraf, behielten sich die USA und die Sowjetunion sowie Großbritannien und Frankreich vor. Die Deutschen durften über eine staatliche Vereinigung weder verhandeln noch verfügen, die Kernfrage der Nation blieb in der Kompetenz der Sieger.

Beide deutsche Staaten wurden ihren Vormächten und Verbündeten unentbehrlich. Nirgendwo in Westeuropa konnte Amerika Truppen und Waffen in jeweils nötiger Menge und Art stationieren außer in der Bundesrepublik; Strategen sprachen vom unsinkbaren Flugzeugträger. Für die Sowjetunion galt mit Einschränkung das Gleiche; in Polen konnte sie jedenfalls keine 20 Divisionen stationieren wie in der DDR. Westeuropa war nach herrschender Meinung ohne das Gebiet und die Soldaten der Bundesrepublik nicht zu verteidigen und ohne ihre wirtschaftliche Potenz nicht voranzubringen. Spiegelverkehrt erschien die Wirtschaftskraft der DDR als unverzichtbar für die sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft. Da der Kalte Krieg auch ein Glaubenskrieg war, konnte weder Moskau noch Washington sich den Systemwechsel eines wichtigen Verbündeten leisten: Es wäre der Verlust der Glaubwürdigkeit als Schutzmacht der Demokratie oder des Sozialismus und vor allem eine Niederlage im Machtkampf mit dem Rivalen gewesen.

Loyalität gegenüber Moskau und Washington

Das wichtigste Element der Siegeraufsicht war ihre militärische Anwesenheit. Sie garantierte den Bestand der Bundesrepublik und der DDR und zwang beide damit zur Loyalität. Staaten, die sich gefährdet fühlen und andere brauchen, um am Leben zu bleiben, sind hochgradig abhängig. Weder Bonn noch Ost-Berlin genügte eine politische Schutzverpflichtung ihrer Vormacht. „Angesichts des bis an die Zähne hin bewaffneten westdeutschen Militarismus“, schrieb 1967 der zweite Mann der DDR-Außenpolitik, Peter Florin, benötige die DDR „die Verteidigungskraft der befreundeten sozialistischen Staaten, vor allem der UdSSR.“ Und wenn sich in Bonn „Gaullisten“ und „Atlantiker“ darüber stritten, ob man sich mehr europäisch an Frankreich oder transatlantisch an Amerika orientieren solle, fiel die Entscheidung am Ende immer für Amerika: „Es garantiert unsere Sicherheit“. Die Sorge, nicht mehr die fürsorgliche Aufmerksamkeit Washingtons zu genießen, verringerte sich mit der Zeit, endete aber nie. Westdeutsche Politiker sprachen auch offen von der „Geiselfunktion“ der amerikanischen Truppen: Nur wenn ganze Divisionen kämpften und US-Bürger in nennenswerter Zahl fielen, erschien es sicher, dass Amerika für die Bundesrepublik einen Krieg führen würde, der zum Atomkrieg mit Gefahr für Amerika selbst werden konnte. Die Bonner Sorgen grenzten bisweilen an Hysterie. Beim Abzug einiger Truppen ging sogleich die Frage um: Werden sie bald alle abziehen? Bei atomstrategischen Fragen hieß es: Koppeln sie sich von Europa ab? Bei der Lektüre neuer Wirtschaftstrends: Wenden sie sich von uns ab und Ostasien zu?

Am 17. Juni 1953 retteten sowjetische Panzer die SED-Herrschaft. Führung und Volk der DDR überwand den Schock dieses Tages nie ganz. Keine Schwäche zeigen, selbst wenn Moskau es befiehlt, war die Lehre, die den alten Herren in Honeckers vergrößertem Politbüro noch im Gedächtnis saß, als sie sich unbeirrbar gegen Gorbatschows Reformen wehrten. Das Volk dagegen hatte erfahren und sah es später in Budapest, Prag und Warschau bestä-

tigt: Zu stürzen ist ein kommunistisches Regime nicht, weil die Sowjetmacht hinter ihm steht. Jüngere, die den Schock nicht mehr erlebt hatten, und Ältere, die ihn überwandten, demonstrierten 1989 die Herrschenden aus den Ämtern; doch das gelang nur, weil die sowjetischen Truppen diesmal in den Kasernen blieben.

In den 35 Jahren dazwischen war die DDR ein stilles Land. Im Westen entstanden immer wieder Befürchtungen, besonders in der erregten Zeit um den Mauerbau 1961, es werde zu einem neuen 17. Juni kommen. Aber die Ostdeutschen hatten ihre bittere Lektion gelernt. Und auch den SED-Führern blieb der Tag fest in Erinnerung. Noch Jahrzehnte später hatten sie nicht vergessen, wie sie am 17. Juni im Vorzimmer des sowjetischen Hochkommissars herumsaßen, von Zeit zu Zeit über den Gang der Ereignisse unterrichtet wurden, einige Aufträge erhielten und im Übrigen tatenlos zusehen mussten, wie die sowjetischen Soldaten einen Aufstand niederschlugen, der ihnen galt. „Dort standen wir [...], da die sowjetischen Genossen vollauf beschäftigt waren, überflüssig herum“, berichtete Rudolf Herrnstadt, der sich an manche Situationen während des Krieges erinnert fühlte, als er der sowjetischen Armee als Propagandist diente. „Nur befanden wir uns jetzt in Berlin, unserer eigenen Hauptstadt. Auch waren seitdem zehn Jahre vergangen.“

Eine solche Situation vergisst man nicht. Walter Ulbricht, der erste Mann der SED, war empört und erklärte, in Zukunft werde er machen, „was ich für richtig halte“. Er tat es dann auch – mit der Folge, 1971 seinem Rivalen Erich Honecker weichen zu müssen. „Es wird ihm nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren“, sagte Leonid Breschnew, und er erklärte auch, warum: „Wir haben doch Truppen bei ihnen“.

Die Bundesrepublik erhielt erheblich mehr politische Selbstbestimmung als die DDR. Wer Kanzler wurde, entschieden Wahlen, wer Generalsekretär der SED wurde, entschied Moskau, dessen Macht sich allerdings verringerte. 1970 reichte sie, um Honecker zum ersten Mann der DDR zu befördern, zehn Jahre später aber nicht mehr, ihn durch einen anderen zu ersetzen.

Auch außenpolitisch bekam Bonn mehr Spielraum als Ost-Berlin, beide waren gänzlich frei nur dort, wo ihre Vormacht keinerlei Interesse hatte, doch da Washington und Moskau globale Interessen verfolgten, blieben nicht viele freie Felder. Den Hauptunterschied begründete die politische Natur der Vormacht: Es war ein ganz anderer Zustand, ob man amerikanische Demokraten oder sowjetrussische Autokraten über sich hatte.

Im gleichen Zwiespalt

40 Jahre lang steckten die Bundesrepublik und die staatstragenden Kräfte der DDR im gleichen Zwiespalt: Ihr Leben hing an der Macht, von der sie sich zu emanzipieren suchten. Die Geheimdienste schalteten und walteten im Land, als ob das Besatzungsrecht weiter bestünde, die ehemaligen Besatzungstruppen genossen Sonderrechte, und wo es den Großen wirklich ernst war, hörte der Spielraum auf. Sogar in der Sicherheitspolitik stimmten die Interessen der

beiden deutschen Staaten mit denen der Vormächte keineswegs immer überein. Atomwaffen versprachen zwar erhöhte Abschreckung eines feindlichen Angriffs, im Ernstfall aber ungeheure Verwüstungen, die nicht Amerika und nicht Russland treffen würden, sondern Deutschland. Massen protestierten deshalb in der Bundesrepublik Ende der 50er Jahre unter dem Slogan „Kampf dem Atomtod“. Ein Vierteljahrhundert später wieder das Gleiche: Moderne US-amerikanische Atomraketen sollten stationiert werden, eine „massenhafte Friedensbewegung“, auch Politiker aller Parteien, sahen Deutschland bereits als atomare Wüste. Am Ende aber setzten die Großen ihren Willen durch, und die Deutschen stationierten die Raketen.

Als die vordersten Fronten ihrer Bündnisse fühlten sich die deutschen Staaten stärker bedroht als andere, und in den Augen ihrer Nachbarn waren sie es auch. Die Franzosen betrachteten die Bundesrepublik als „Barriere“ gegen den Osten, die Polen sahen in der DDR lange einen Schutzwall gegen westdeutschen Revanchismus. Hinzu kamen die Krisenanfälligkeit des geteilten Landes und der Konfliktherd Berlin. Strategen und vor allem Propagandisten beider Seiten schürten Unsicherheit durch Schreckensbilder: Sowjetische und DDR-Truppen besetzen Hamburg und behaupten es als Brückenkopf, westalliierte Einheiten dringen aus West- nach Ost-Berlin vor – Phantasieprodukte, aber geeignet, die Abhängigkeit von den schützenden Vormächten zu verstärken.

Dem Sicherheitsbedürfnis der Deutschen entsprach ein Sicherheitsbedürfnis vor den Deutschen. Der erste Generalsekretär der NATO, Lord Hastings Lionel Ismay, brachte den Zweck der Allianz einmal auf die Formel: „To keep the Americans in, the Russians out, and the Germans down.“ Anders ausgedrückt: Die Deutschen wurden gebraucht, aber gefürchtet. Nur die Macht der Vereinigten Staaten vermochte den Widerspruch aufzuheben, sie allein waren stark genug, die Deutschen durch die NATO zu nutzen und zu überwachen. Die Bundeswehr wurde, anders als alle anderen Bündnisarmeen, ganz der Allianz unterstellt.

Beide Länder, die Bundesrepublik wie die DDR, kamen aus dem Widerspruch, gebraucht *und* gefürchtet zu werden, nie heraus und machten ähnliche Erfahrungen. Verfolgten sie ihre Interessen sehr entschieden, bekamen sie Schwierigkeiten mit ihren Vormächten, die ihre Kontrolle verschärften. Moskau verbot Honecker zweimal einen Staatsbesuch in der Bundesrepublik, Kissinger billigte Brandts Ostpolitik erst, als er einen Weg gefunden hatte, sie zu kontrollieren. Wenn Bonn und Ost-Berlin sich aber ihren Vormächten uneingeschränkt fügten, versäumten sie ihre Interessen, dann unternahmen oder finanzierten sie, was sie nichts anging, und folgten militärischen Entscheidungen, die ihre Sicherheit mehr schwächten als stärkten.

Allmählich spielte sich das Verhältnis zu den ehemaligen Besatzungsmächten ein, die sich meist auch klug zurückhielten. Sie traten als Verbündete auf und empfanden sich mit der Zeit auch als solche. Sie verzichteten auf Demonstration ihrer Macht und ließen nur die deutschen Politiker spüren, dass in wichtigen Fragen sie das letzte Wort hatten. Die deutschen Politiker wiederum demonstrierten in Ost wie West ihre Souveränität. Nur Kenner wussten,

dass die Westmächte die Bundesregierung nicht als Regierung ganz Deutschlands anerkannten und ihr nur erlaubten, „für das deutsche Volk“ zu sprechen, nicht aber es zu verpflichten.

Vereinigung für und Sicherheit vor Deutschland

Die große Mehrheit aller Deutschen bemerkte von diesen Einschränkungen wenig. Für ihr Leben spielte es kaum eine Rolle, dass die innerdeutsche Grenze eine Sieger-Grenze geblieben war, die kein deutsches Flugzeug überfliegen durfte. Wer von Frankfurt am Main nach Leipzig flog, bemerkte gar nicht immer, dass er die Messestadt nur auf dem Umweg über die Tschechoslowakei erreichte. Die allermeisten Ostdeutschen hatten mit den sowjetischen „Freunden“, wie sie halb offiziell genannt wurden, nichts zu tun; es waren die eigenen Apparatschiks, Berufsfunktionäre und Karrieristen, die das Leben schwer machten.

Die Aufsicht der Siegermächte brachte den Deutschen das Schlimmste und das Beste, das sie nach ihrem Krieg erfuhren. Das Schlimmste war die Teilung des Landes, die 40 Jahre lang unüberwindbar blieb, weil eine Vereinigung den Westmächten oder der Sowjetunion unerträgliche Verluste gebracht hätte. Ein neutralisiertes Land, wie Stalin es vorschlug, hätte Amerika zum Verzicht auf die Bundesrepublik genötigt, die Basis der eigenen Macht in Europa. Ein demokratisch vereintes Deutschland, wie es der Westen forderte, hätte wiederum die Sowjetunion zum Verzicht auf die DDR gezwungen, die Basis ihrer Macht in Mitteleuropa und die Klammer um Polen und die Tschechoslowakei. Und die deutsche Frage stellte sich immer in ihrer zwiefachen Form: als Frage der Vereinigung für Deutschland und als Frage der Sicherheit vor Deutschland.

Die Folgen der Teilung erlitten vor allem die Ostdeutschen. Sie gerieten unter eine zweite ideologisch aufgeladene Diktatur, unter ein widersinniges Wirtschaftssystem und in den weniger entwickelten Teil Europas. All das schränkte sowohl politisch als auch ökonomisch ihre Möglichkeiten drastisch ein, ließ viele Fähigkeiten verkümmern, schwächte das Land durch Abwanderung von fast drei Millionen Menschen und ließ ihren Lebensstandard, im weitesten Sinn des Wortes, hinter der Bundesrepublik zurückbleiben. Was die Ostdeutschen erreichten, schafften sie mehr trotz als wegen des Systems, das die Sowjetunion ihnen mit Hilfe deutscher Kommunisten aufnötigte.

Das Beste, das die Sieger stifteten, erhielten die Westdeutschen: Demokratie und eine Wirtschaftsorganisation, die ihnen die Entfaltung ihrer Fähigkeiten und die Nutzung ihrer Möglichkeiten erlaubte. Kapitalismus und Privatwirtschaft waren für Deutsche nichts Neues, Demokratie hingegen nach Hitler keineswegs selbstverständlich. Autoritäres Regiment und die Gewöhnung daran hatten, von zwölf Jahren Weimar nur halb unterbrochen, feste Tradition. Auch Gegner des Nationalsozialismus, selbst die Verschwörer des 20. Juli, waren nicht unbedingt Demokraten. Die Amerikaner, Briten und Franzosen aber erklärten Demokratie zur Norm, zu der es keine Alternative

gab. Demokratie wurde in den Westzonen zum Maßstab, an den Bundesdeutsche sich halten mussten, wenn sie anerkannt werden und Handlungsfreiraum gewinnen wollten. Was zunächst Gebot war, wurde allmählich auch in der Breite der Bevölkerung verstanden und angenommen. Demokraten der Weimarer Zeit, oft eindrucksvolle Gestalten wie Konrad Adenauer und Ernst Reuter, gaben Beispiel und schufen Vorbilder.

Fest Fuß zu fassen vermochte die Demokratie jedoch erst, als sie von einer florierenden Marktwirtschaft getragen wurde. Erst der Wohlstand sicherte die Freiheit. Vorher bedurfte sie der schützenden Hand der Besatzungsmächte. Manchen Demokraten beruhigte, wenn die Neonazis zu laut und die Regierenden zu lau waren, dass sich die Amerikaner im Lande befanden, die keine Rückkehr in die üble Vergangenheit zulassen würden. Das Gleiche galt für die größte Schwierigkeit der geschlagenen Deutschen, in den Spiegel zu sehen und sich der Verantwortung für die deutschen Verbrechen zu stellen: Ohne die fordernde Aufmerksamkeit der West-Alliierten wäre in der Bundesrepublik weit weniger geschehen.

Die Doppelherrschaft

Mit der innenpolitischen Ausrichtung war zugleich die außenpolitische bestimmt. In ihren Grundzügen wurde die Nachkriegsgeschichte Deutschlands bis 1990 von Washington und Moskau bestimmt. Dabei dienten die deutschen Staaten ihren Vormächten als Vorreiter, wurden aber stets zurückdirigiert, wenn sie zu weit voranpreschten. Als die Großmächte Entspannung wollten, sollte dies jedenfalls nicht auf Kosten ihrer Macht gehen. Beide Staaten bekamen das Misstrauen ihrer Vormächte zu spüren: Wenn die Deutschen die Köpfe zusammensteckten, würden sie bald ihre Bündnispflichten vernachlässigen.

Manchmal schützten die vier Siegermächte die Deutschen dabei auch vor sich selbst. Franz-Josef Strauß musste erfahren, dass die Amerikaner Deutsche unter keinen Umständen an einen atomaren Druckknopf heranließen. Aussichtslose Positionen wie die beharrliche Weigerung, die Oder-Neiße-Grenze und die DDR anzuerkennen, verloren die alliierte Unterstützung, die Verfechter einer realistischen Ostpolitik konnten sich auf John F. Kennedy berufen. Aber auch Kennedy versagte dem West-Berliner Bürgermeister Willy Brandt nach dem Mauerbau den Wunsch, den Status der Inselstadt zu modifizieren, um sie der Bundesrepublik anzunähern.

Die Rigorosität, mit der Ulbricht die DDR umgestalten und gegen Westen absichern wollte, hätte ohne sowjetische Einsprüche noch weit verheerender gewirkt. Moskau bremste den wilden Klassenkampf der Jahre 1952/53, erlaubte den Bau einer Mauer durch Berlin erst 1961, als die Existenz der DDR auf dem Spiel stand (Chruschtschow hatte diese Peinlichkeit, die den ganzen Ostsozialismus blamierte, zuvor gescheut), und vermied einen militärischen Konflikt mit Amerika, indem es Ulbricht nicht an den Flugverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin heranließ. Das Vier-Mächte-Abkommen

des Jahres 1971 kam nur zustande, weil die Sowjetunion der DDR Zugeständnisse aufzwang, die sie von sich aus nie gemacht hätte. Schließlich wäre die DDR im Inneren harmonischer und nach außen weniger anstößig durch ihre letzten Jahre gekommen, wenn Moskau noch die Kraft gehabt hätte, ihr Gorbatschows Glasnost und Perestroika zu verordnen.

Der 9. November 1989 – Anfang vom Ende der doppelten Aufsicht

Die Vereinigung Deutschlands wurde andererseits erst dadurch möglich, dass die Sowjetunion die Kraft und allmählich auch den Willen zur Herrschaft verloren hatte. Am Abend des 9. November 1989 las das SED-Politbüromitglied Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz den Parteibeschluss vor, der die Reisefreiheit nach Westen gewährte. Beim Lesen des Wortes „Westberlin“ zögerte er etwas, „weil mir in diesem Augenblick durch den Kopf ging, ob überhaupt eine Abstimmung mit der Sowjetunion erfolgt sei. [...] Wir haben immer mit großer Korrektheit darauf geachtet, dass von unserer Seite in Bezug auf die Grenze zu Westberlin keine Eigenwilligkeiten entstehen.“ Ein Vorgang, der 40 Jahre lang unvorstellbar gewesen wäre: Beim Entscheid über eine Frage, die in sowjetischer Kompetenz lag, versäumten die SED-Führer, Moskau um Erlaubnis zu bitten.

Das wiederum war nur möglich geworden, weil Moskau die Zügel hatte schleifen lassen. DDR und Sowjetunion waren in solchem Maße mit sich selbst beschäftigt, dass sie einander vergaßen: der eine seine Gehorsams-, der andere seine Aufsichtspflicht. Noch am Abend des 9. November durchbrachen die Ostdeutschen die Westgrenzen, wie eine Völkerwanderung drangen sie nach West-Berlin und in die Bundesrepublik vor. Eine Kraft bemächtigte sich der Lage in Deutschland, die in keiner der vier Aufsicht führenden Hauptstädte bedacht worden war: das Volk.

Was sollten die Vier Mächte tun? Konnten sie eine Entwicklung unter Kontrolle bekommen, die den deutschen Regierungen entglitt? Am meisten herausgefordert, etwas zu unternehmen, war Moskau. Generalsekretär Michail Gorbatschow fürchtete ein Chaos in Berlin, suchte Kontakt zu Kohl und Brandt und mahnte besorgt, die Lage dürfe nicht unbeherrschbar werden. Die Welt stand auf dem Kopf: Früher garantierte Moskau mit seiner Armee, dass Ruhe herrschte, jetzt bat Moskau nicht nur die DDR-Regierung, sondern auch westdeutsche Politiker, „beruhigend auf die Menschen einzuwirken“.

Bald nach der Maueröffnung, im Dezember, trafen sich die Botschafter der Vier Mächte in Berlin, um zu zeigen, dass sie Rechte in und über Deutschland hatten. Aber die Macht hatten sie nicht mehr. Das Land floss zusammen, sie konnten es nicht hindern. Die Westmächte konnten der Bundesrepublik nicht zumuten, Grenzen zu schließen, deren Öffnung Bonn und sie selbst seit Jahrzehnten gefordert hatten. Erst zwei Jahre war es her, dass Präsident Ronald Reagan, die Mauer im Blick, gefordert hatte: „Mr. Gorbatschow, tear down this wall!“ Die Sowjetunion dagegen hatte es nach dem Rücktritt Honeckers mit einer neuen SED-Führung zu tun, die ihrer selbst nicht sicher war und

ihren Staat nicht mehr in der Hand hatte. Sowjetische Soldaten an die Grenzen zu stellen, wie manche in Moskau rieten, lehnte Parteichef Gorbatschow ab – es hätte seine Politik verdorben, die Sowjetunion in Kooperation mit dem Westen, besonders mit deutscher Hilfe, zu sanieren und zu modernisieren.

Die Vier Mächte waren nicht mehr Herr *in* Deutschland – aber *über* Deutschland waren sie es noch. Das Volk begann, sich ohne Rücksicht auf die Großmächte zu vereinigen – doch die deutschen Staaten zu vereinigen, war rechtlich und politisch nur mit Einverständnis und Hilfe der Aufsichtsmächte möglich. Noch lag „Deutschland als Ganzes“ allein in ihrer Zuständigkeit, noch standen ihre Armeen im Land, noch herrschten zwischen ihnen die Interessengegensätze, die eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten 40 Jahre lang verhindert hatten.

Die deutsche Frage stellte sich wieder in ihrer zwiefachen Form: als Frage der Vereinigung für Deutschland und als Frage der Sicherheit vor Deutschland. Das erste bewerkstelligten die Deutschen selbst, das zweite überstieg ihre Kräfte. Was immer Kohl in Moskau erreichte, zuerst das Einverständnis zur Vereinigung, dann zur NATO-Zugehörigkeit des vereinten Landes – den Durchbruch hatten Bush und Baker vorher erzielt. Sie allein konnten der Sowjetunion mit der Einbeziehung in die NATO die Sicherheitsgarantien geben, die sie brauchte. Die Sowjetunion fand sich mit der Einbeziehung in die West-Allianz wohl nicht zuletzt auch deshalb ab, weil deren dritte Zweckbestimmung erhalten blieb: *to keep the Germans down*.

Mit der offiziellen Vereinigung am 3. Oktober 1990 war die amerikanisch-sowjetische Doppelherrschaft über Deutschland beendet; nur die Vereinigten Staaten hatten ihre Kraft bewahrt und übernahmen mit dem Instrument der NATO, was seit 1945 gemeinsames Ziel der vier Siegermächte gewesen war: die Überwachung Deutschlands.

45 Jahre, fast ein halbes Jahrhundert, doppelt so lange wie Weimar und Nazi-Zeit zusammen, hatte die Aufsicht der beiden Großen gedauert. Ob sie heilsam wirkte oder hinderlich: Sie war und blieb eine Aufsicht, die allen deutschen Politikern stets bewusst hielt, dass ihr Handlungsspielraum Grenzen hatte. Alle mussten sich darauf einstellen, dass über ihnen eine Macht stand, der sie gehorchen mussten, wenn sie befahl, der sie zu folgen hatten, wenn sie einen Wunsch äußerte, deren Meinung sie klugerweise beachteten und deren Einverständnis sie lieber einholten, bevor sie einen größeren Schritt taten – die westdeutschen Politiker in der Außen-, die ostdeutschen auch in der Innenpolitik. Zwar verringerte sich die Abhängigkeit mit der Zeit beträchtlich und verschwand größtenteils sogar ganz, aber weder am Rhein noch an der Spree konnten die Verantwortlichen es sich bis zum Ende leisten, die „Großwetterlage“ aus dem Auge zu verlieren. Die Folgen wirken bis heute nach: Die jahrzehntelange Aufsicht hinderte die Deutschen auf beiden Seiten daran, innerlich souverän zu werden.